

## 2. Digitalbeirat

Postulat Christa Stünzi (GLP, Horgen), Roland Alder (GLP, Ottenbach) und Jörg Mäder (GLP, Opfikon) vom 26. März 2018

KR-Nr. 89/2018

*Ratspräsident Dieter Kläy:* Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Erika Zahler hat an der Sitzung vom 27. August 2018 Antrag auf Nicht-Überweisung des Postulats gestellt. Der Rat hat heute über die Überweisung zu entscheiden.

*Christa Stünzi (GLP, Horgen):* Mit dem vorliegenden Postulat fordert die Grünliberale Partei den Regierungsrat auf, einen Digitalbeirat einzusetzen. Dieser soll die Kantonsregierung und die Verwaltung darin unterstützen, eine digitale Strategie nicht nur zu formulieren, sondern später auch umzusetzen. Dieses Postulat steht also in einem engen Zusammenhang mit dem Postulat KR-Nr. 90/2018, das wir gleich anschliessend diskutieren werden. Auf die Gründe, weshalb eine Digitalstrategie notwendig ist, werde ich beim nächsten Traktandum detailliert eingehen. Hier nur so viel vorab:

Es braucht eine umfassende Strategie, will man, dass die Gesamtbevölkerung von der digitalen Transformation profitieren kann. Man muss frühzeitig Chancen erkennen und nutzen, aber auch Risiken frühzeitig identifizieren, um sie abfedern zu können. Eine Strategie braucht es, damit wir eben aktiv die Zukunft gestalten können und nicht von den Technologien überrannt werden. Dazu braucht es aber auch Fachwissen. Dieses Fachwissen kann mit dem von uns geforderten Digitalbeirat beigesteuert werden.

Die digitale Transformation ist eine grosse und komplexe Herausforderung für den Kanton. Wir wollen, dass diese Herausforderung seriös angegangen wird und auf ein gutes Fundament gestellt wird, denn es geht nicht nur um Fragen der Technologie, es geht um Fragen der Gesellschaft, des Sozialen, es geht um ethische Fragestellungen. Alle diese Fragestellungen sollen umfassend geklärt werden. Das kann nur durch Experten passieren, Experten aus allen Disziplinen. Es ist unangemessen, vom Regierungsrat zu verlangen, dass er das aus eigener Kraft zu stemmen vermag. Wir wollen ihm einen Digitalbeirat zur Seite stellen. Das ist nur konsequent. Es ist wichtig, dass diese digitale Transformation auf eine solide Basis gestellt wird, dass Experten aus Wirtschaft, Politik, Gesellschaft, Forschung, Ethik, aber auch Technologie ihr Wissen einbringen können, damit sie den Kanton mit ihrer Expertise in der Formulierung und Umsetzung der Strategie gezielt unterstützen können. Lassen Sie uns das bestehende Fachwissen beiziehen und die Hilfe eines Digitalbeirates hier und heute beschliessen.

Die digitale Transformation, die wird kommen. Wir möchten, dass im Kanton Zürich alle Teile der Bevölkerung von dieser digitalen Transformation positiv profitieren können.

*Erika Zahler (SVP, Boppelsen):* Veränderungen finden im heutigen Alltag überall statt, so auch – und im Speziellen – in der digitalen Welt. Teils könnte man dies auch eine digitale Revolution nennen, die uns aus wirtschaftlicher Sicht in Unternehmen, in der öffentlichen Verwaltung und Dienstleistung einholt. Der digitale Wandel, auch digitale Transformation genannt, wird durch die rasante Fahrt und durch immer neuere Technologien uns alle, die ganze Gesellschaft, betreffen. Unter diesem Aspekt wurde die PI eingereicht.

Die Forderung nach einem Digitalbeirat wurde deshalb gestellt, damit das Knowhow und dessen Austausch unter Einbezug von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Forschung und Technologie erfolgen kann. Dem ist grundsätzlich auch nichts entgegenzuhalten, denn nur durch das Zusammenspiel und Abrufen des Wissens der genannten Institutionen kann ein Pool an Knowhow vereint werden. Einen Pool zu haben macht Sinn und kann nicht breit genug abgestützt sein. Allerdings stellen sich hier doch einige Fragen, so zum Beispiel, ob ein zusätzlicher Beirat das Richtige, das Einzige und Notwendige für die digitale Welt von Morgen ist. Unserer Meinung nach wird mit dem gewünschten Digitalbeirat ein neues Gefäss installiert, das aus unserer Sicht nicht notwendig ist. Es würden weitere Zusatzkosten generiert werden, welche nicht gewünscht sind. Auch stellt sich die Frage, welches die richtige Besetzung dieses Digitalbeirats wäre. Werden aus politischer Sicht die Parteien gleichermassen Einsitz nehmen? Wer soll und darf, wer darf nicht im Beirat mitarbeiten? Gehen da eventuell bei nicht Einberufung wichtige Mitplayer und Kanäle vergessen, oder werden diese nicht abgerufen? Wer trägt die Verantwortung? Wir haben in der Verwaltung bereits Gefässe, die diese Aufgabe wahrnehmen können. Es arbeiten viele fähige und motivierte Mitarbeiter in der Verwaltung. Zudem tauschen sich die Ämter untereinander aus oder bringen ihre Anliegen ein. Bereits heute setzen sich die Direktionen im Kanton Zürich zusammen. Es existiert ein Steuerungsorgan SDI («*Steuerung Digitale Verwaltung und IKT*») aus Regierungsräten und der Staatschreiberin (*Kathrin Arioli*), welche die Strategie «Digitale Verwaltung» und der gleichzeitig verabschiedeten Strategie «Informations- und Kommunikations-Technologie» (*IKT*) sicherstellen. Somit sind die Kanäle geöffnet, die weitere Kanäle und Knowhow in Wirtschaft und Forschung abrufen und einholen können. Ich werde beim nächsten Postulat KR-Nr. 90/2018 noch mehr darüber sagen.

Die SVP unterstützt dieses Postulat nicht

*Felix Hoesch (SP, Zürich):* Die Digitalisierung beeinflusst immer mehr und immer schneller immer mehr Lebensbereiche in unserer Verwaltung, in unseren Anstalten und Institutionen, aber auch in unserer gesamten Gesellschaft. Und das schon seit Jahrzehnten. Darum ist es eine Evolution und keine Revolution, eine langsame, aber immer schneller werdende Evolution.

Aber unsere Regierung und Verwaltungen scheinen leider immer wieder dabei überfordert zu sein, richtig damit umzugehen. Deshalb unterstützen wir eine professionelle Unterstützung von aussen. Dies macht Sinn, damit wir der Digitalisierung nicht hinterher hecheln, sondern sie für unsere Gesellschaft aktiv fördern,

damit sie unsere Bevölkerung, unsere Gesellschaft stärkt. Dabei kann es auch passieren – das hoffe ich sehr, Erika Zahler –, dass wir ab und zu auch Kosten einsparen können. Es kostet zwar, aber, wenn wir frühzeitig sehen, was passieren kann, dann können wir damit auch Kosten sparen.

Aber, liebe GLP, dieses Postulat von euch ist wieder einmal einfach ein Postulat, das heisst, die Regierung darf in zwei Jahren einen Bericht machen, eine Aktion wird es nicht wirklich auslösen. Aber wir finden diesen Bericht spannend und überlegen uns dann sehr aktiv, was wir als SP mit diesem Bericht machen, falls dann dieser Digitalbeirat wirklich eingesetzt wird. Ich hoffe sehr, dass die Digitalisierung uns bis dann nicht bereits überrollt hat. Herzlichen Dank.

*Beat Habegger (FDP, Zürich):* Wenn der Regierungsrat einen Vorstoss entgegennehmen will, fragt man sich manchmal, warum die Regierung so entschieden hat. Als Kantonsrätinnen und Kantonsräte erhalten wir die entsprechende Information ja nur, wenn der Regierungsrat den Vorstoss ablehnt. Beim Digitalbeirat hätten wir gerne erfahren, warum es einen solchen braucht. Nun haben wir volles Verständnis dafür, dass sich die Regierung bei der Formulierung und Umsetzung der Digitalstrategie unterstützen lassen will. Wir begrüssen das sogar, denn die digitale Transformation ist eine riesige Aufgabe von hoher Komplexität.

Viele von uns kennen dies aus dem eigenen Arbeitsumfeld: Viele Unternehmen, ganze Branchen, aber auch gemeinwirtschaftliche Organisationen stecken mitten in einem tiefgreifenden und rasch ablaufenden Veränderungsprozess. Wir merken es auch bei uns selber: Viele Dinge sind neu zu lernen, unsere eigenen Fertigkeiten brauchen – um gewissermassen hier in der Sprache zu bleiben – ein Update. Dem Kanton Zürich und seiner Verwaltung geht es genauso.

Ebenso unbestritten ist, dass es zur erfolgreichen Bewältigung dieser digitalen Transformation Fachwissen aus verschiedensten Bereichen braucht. Es geht nicht nur um Tech- und IT-Wissen, sondern es eröffnen sich auch viele Fragen rund um Organisationskultur, Leadership, gesellschaftliche Konsequenzen oder ethische Abwägungen. Gerade weil die Aufgaben so vielfältig sind, glauben wir nicht an einen einzigen Beirat in fixer Zusammensetzung. Wir wollen kein ständiges Gremium, das von allem ein bisschen etwas versteht, aber im Einzelfall dann doch keine wirkliche Stütze sein kann.

Wir sehen den Regierungsrat hier auch klar in der operativen Verantwortung. Der Regierungsrat muss wissen, wofür und durch wen er sich beraten lassen will. Wir erwarten deshalb vom Regierungsrat, dass er Unterstützung durch Expertinnen und Experten in Anspruch nimmt, wenn er dies als notwendig erachtet. Wir begrüssen es, wenn er Sachverständige beizieht, Gutachten einholt, auch einmal eine Kommission einsetzt. Liebe Regierung, tut, was nötig ist, damit die Transformation gelingt. Tut es aber natürlich mit einem gewissen Augenmass. Wir wollen hier der Regierung nicht in das operative Handeln reinreden und vertrauen auf ihre Führungsstärke und lehnen das Postulat ab.

*Daniel Heierli (Grüne, Zürich):* Die Herausforderungen durch die Digitalisierung sind unbestritten. Da kann ich mich all meinen Vorrednerinnen und Vorrednern

gerne anschliessen. Die Grünen denken jedoch nicht, dass wir jetzt ein neues Gremium dafür gründen sollten.

Die kantonale Verwaltung, die funktioniert ja nicht nach dem Milizprinzip. Da sind heute schon Profis im Einsatz. Man kann die Zusammensetzung der Fachleute, die da arbeiten, durchaus den Anforderungen der Zukunft noch etwas anpassen. Der Regierungsrat hat schon heute die Möglichkeit, sich mit den richtigen Fachleuten zu umgeben; er soll diese Möglichkeit nutzen und sich beraten lassen. Die Digitalisierung, das ist ja nicht irgendwie ein separater Bereich, sondern er durchdringt beinahe alles. Letztendlich muss man sagen, für das, was da passiert, muss am Schluss auch der Regierungsrat die Verantwortung übernehmen. Wir brauchen kein Gremium, auf das man am Schluss die Verantwortung abschieben kann.

Vielleicht am Rand noch dies: In einem Bereich ist es sinnvoll, eine unabhängige Instanz zu haben, nämlich im Bereich der Datensicherheit. In diesem Bereich, ja, da sind immer die unangenehmen Leute, die Spassverderber. Die sollen unabhängig agieren können, ohne dem Regierungsrat unterstellt zu sein. Diese Instanz aber haben wir ja schon, nämlich den Datenschutzbeauftragten (*Bruno Baeriswyl*), bald wird es die Datenschutzbeauftragte (*Dominika Blonski*) sein. Diese Instanz müssen wir pflegen, ihre Argumente beachten, und im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung der Gesellschaft müssen wir vielleicht auch deren Kapazitäten weiter ausbauen. Zum Digitalbeirat sagen wir hingegen Nein. Danke.

*Jean-Philippe Pinto (CVP, Volketswil):* Es ist unbestritten, dass die Digitalisierung unserer Gesellschaft und Wirtschaft allgegenwärtig ist und mit Riesenschritten voranschreitet. So lassen sich digitale Technologien aus unserem täglichen Leben, aus Arbeit, Bildung, Kommunikation, Konsum, Sport und selbst Freizeit und Erholung nicht mehr wegdenken.

Die Regierung hat auf diese Herausforderungen reagiert und das Gremium «Steuerung Digitale Verwaltung und IKT», kurz SDI, eingesetzt, um die Umsetzung der gleichzeitig beschlossenen Strategien «Digitale Verwaltung 2018 bis 2023» und «neue kantonale Informations- und Kommunikationstechnologie», IKT, auf oberster Führungsebene effektiv zu steuern. Das Gremium SDI ist eine direktionsübergreifende Kommission gemäss Paragraph 28 OG RR (*Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung*).

Auf der Homepage des Kantons ist ersichtlich, dass die Kommission breit abgestützt ist. Es ist daher rätselhaft, wieso der Regierungsrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Traut der Regierungsrat seiner eigenen Kommission nicht? Die CVP fragt sich, ob es zusätzlich noch einen Digitalbeirat brauche. Die CVP meint Nein und lehnt die Überweisung des Postulats ab. Auch hier gilt: Weniger ist oft mehr und zielführender.

*Barbara Günthard Fitze (EVP, Winterthur):* Ich rede zu beiden Postulaten, weil sie zusammengehören. Wir finden es sinnvoll, dass sich der Regierungsrat von einem Gremium in Form eines Digitalbeirates für eine Digitalstrategie für den

ganzen Kanton beraten lässt. Es wird ja schon an verschiedenen Orten in der Verwaltung daran gearbeitet. Eine Vereinheitlichung wäre sehr sinnvoll. Sicher müsste die Datenschützerin dabei sein, und es wird sehr darauf ankommen, wer sonst noch in einem solchen Gremium sitzt, und wie die Flughöhe sein wird, damit das ganze wirklich einen Nutzen trägt.

Bei einer Digitalstrategie gibt es diverse Punkte zu beachten wie genügend Personal, Sicherheitsrisiken, Sicherheitslücken, auch welche selbständigen und staatsnahen Betriebe wie beispielsweise die Hochschulen, die Spitäler, die GVZ (*Gebäudeversicherung Kanton Zürich*), die EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*), die ZKB (*Zürcher Kantonalbank*) et cetera miteinbezogen werden sollen, neben den verwaltungsnahen Abteilungen. Sicher ist, dass solche Strategien nicht gratis zu haben sind und eher langfristig einen Kostennutzen haben werden für die Bevölkerung.

Die EVP wird beide Postulate überweisen

*Manuel Sahli (AL, Winterthur):* «Digital» oder auch «Digitalisierung» ist ja grundsätzlich aus technischer Sicht oder aus Sicht der Informatik ein relativ breiter Begriff; er ist verschieden interpretierbar. Digitalisierbar sind Prozesse, Arbeitsplätze, Formulare, Fotos und auch das TV-Signale. Mein Arbeitgeber sieht sich zum Beispiel als Wegbegleiter in eine digitale Welt, auch ich arbeite in diesem Bereich, in der Informatik. Wir haben hier Experten in den verschiedensten Bereichen, aber nicht einen Experten für alle Themen. Und wer ein Expertengremium für alle Bereiche will, wer einen Digitalbeirat schaffen will, ja, dann liegt vermutlich genau da der Hund begraben.

Wir haben aber hier noch einen zweiten Vorstoss vorliegend, auf den ich eingehen will. Der fasst das Problem schon viel eher. Denn wir haben leider in unserem Kanton zurzeit eine ungenügende Digitalstrategie oder, um nicht zu sagen, wir haben zurzeit keine Digitalstrategie. Ich habe hier ein bisschen das Gefühl, dass man nicht genau weiss, wie man hier vorgehen soll. Da macht der zweite Vorstoss durchaus Sinn; wir werden diesen unterstützen. Jedoch sehen wir nicht ein, warum es ein sogenanntes ständiges Gremium, einen Digitalbeirat, braucht, auch nicht für die Erarbeitung einer Strategie. Selbstverständlich darf und soll der Kanton auch Fachleute beiziehen, jedoch soll dies gezielt und auch themenspezifisch erfolgen, und nicht ein Gremium beauftragen, das sich mit allen Themen, die unter die Digitalisierung fallen, beschäftigen. Wir werden daher den Digitalbeirat ablehnen.

*Christa Stünzi (GLP, Horgen) spricht zum zweiten Mal:* Es ist schade, dass hier in diesem Saal zwar anerkannt wird, dass es eine Strategie braucht, aber für eine Strategie keine entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt werden sollen. Wenn wir eine saubere Strategie wollen, und diese dann auch mit entsprechenden Massnahmen auch umsetzen wollen, braucht es eben Experten, die in einem Gremium zusammenkommen. Nur ad hoc zusammengezogene Expertisen und Gut-

achten genügen hier nicht. Es braucht seriöse Abhandlungen von fachlich gestellten Fragen und eine entsprechende Ausarbeitung von gezielten Massnahmen zur Nutzung der Chancen und zur Abwehr von Risiken.

Ich finde es schade, dass dieser Digitalbeirat hier drin keine Mehrheit findet, hoffe aber, dass wir mindestens eine Strategie beschliessen können.

*Regierungspräsidentin Carmen Walker Späh:* Es ist schon so, dass die Digitalisierung alle unsere Lebensbereiche betrifft, die Wirtschaft, den privaten Bereich, aber selbstverständlich auch den Staat. Gerade bei der Verwaltungstätigkeit sehen wir, dass wir zwar eine digitale Strategie haben, aber dass wir zunehmend hohe Ansprüche an die verschiedensten Schnittstellen, an die verschiedensten Tätigkeiten in der Verwaltung haben. Die Digitalisierung bringt auch die Abgrenzung in den verschiedenen Politbereich oder eben keine Grenzen mehr in den verschiedenen Politbereichen. Dazu gibt es bereits Beispiele: Die Blockchain-Technologie. Sie betrifft unser aller Leben, die Wirtschaft, wenn es so kommt, wie Experten voraussagen. Oder zum Beispiel die Frage der E-ID (*elektronische Identität*), die sehr breit und intensiv diskutiert wird und bei Leibe nicht nur ein Identitätszeugnis darstellt, sondern sie bedeutet viel mehr für die Menschen. So gesehen, wenn die Postulanten nun empfehlen, einen sogenannten Beirat zu schaffen aus Experten, aus der Wirtschaft, aus der Politik, aus der Gesellschaft, aus der Forschung, aus der Ethik, aus dem Datenschutz, aus der Technologie, aus dem In- und dem Ausland, dann können wir nicht einfach sagen, das ist keine gute Idee, ein solches Gremium braucht es nicht. Die Regierung hat nicht gesagt, wir wollen dieses Gremium installieren, aber wir haben gesagt, wir möchten prüfen, inwiefern eben dieses externe Gremium – das ist mir wichtig zu betonen, es geht um externes Expertinnen- und Expertenwissen – für unsere Arbeit, die ausgesprochen anforderungsreich ist, gut wäre. Wir wären bereit, dies zu prüfen. Selbstverständlich, da kann ich auch das Votum von Kantonsrätin Erika Zahler oder auch von Frau Günthard erwähnen, alle diese Fragen müssten, käme man zum Schluss, das wäre eine gute Lösung, müsste man das selbstverständlich beantworten können. Genau dafür gibt es ja ein Postulat, dass man eben etwas prüfen kann. Die Regierung ist tatsächlich der Meinung, dass dieser Blick von aussen nach innen in die Verwaltung ein prüfenswerter Ansatz wäre. Ob Sie das Postulat nun überweisen oder nicht, die Herausforderungen bleiben. Selbstverständlich werden wir von der Regierung diesem Thema grösstmögliche Beachtung schenken. Selbstverständlich werden wir uns daran auch messen lassen, wie wir diese Herausforderungen bewältigen. In diesem Sinne ist die Regierung für eine Entgegennahme. Besten Dank.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit Stimmen 107 : 58 (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 89/2018 nicht zu überweisen.**

Das Geschäft ist erledigt.

